

Protest gegen Großprojekte im Rhein-Main-Gebiet: Studie zur Gesamtbelastung gefordert **„Das Maß ist längst voll“**

Hanau - Bis zu 700 Demonstranten, so die Schätzung der Veranstalter, zogen am Samstag durch die Hanauer Innenstadt, um ihrer Forderung nach einer Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet Nachdruck zu verleihen. Einzelne Studien für jeweils isoliert betrachtete Großprojekte in der Region reichten nicht aus, die wirkliche Dimension dessen abzusehen, was durch die vielen geplanten Maßnahmen entlang des Mains und des Rheins auf die Bürger zukomme. Weit über ein Dutzend Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften hatten zu der Demonstration aufgerufen. Von Dieter Kögel



Denn ihrer Meinung nach „ist das Maß längst voll“, die Sorge der Menschen um ihre Gesundheit und ihren Lebensraum müsse endlich Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen. Ob in Biblis mit seinen überalterten AKW-Blöcken oder in Frankfurt-Höchst, wo eine Müllverbrennungsanlage entstehen soll, ob im Frankfurter Osten, wo der Ausbau der A 66 Naherholungsgebiete und Wohngebiete beeinträchtigen werde oder der Flughafen ausbau mit seinem enormen Landschaftsverbrauch und einer Verdoppelung der derzeitigen Flugbewegungen, und nicht zuletzt der geplante Ausbau des Kohlekraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg, all das müsse in eine Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet einfließen, forderten verschiedene Redner bei einer Kundgebung vor dem Congress Park Hanau. Einer von ihnen war Winfried Schwab-Posselt, Sprecher der Bürgerinitiative Stopp Staudinger, der trotz des heftigen Bürgerprotestes am Ende doch mit einer Genehmigung des Kraftwerksausbaus durch das Regierungspräsidium Darmstadt rechnet. „Wir werden an diesem Tag nach Darmstadt kommen, das können wir Ihnen versprechen,“ stellte Schwab-Posselt klar, dass man auch im Falle einer Genehmigung des Staudinger-Ausbaus nicht nachlassen werde, um das Projekt dennoch zu verhindern.

„Das Rhein-Main-Ballungszentrum hat die Grenzen des Zumutbaren längst überschritten,“ meinte auch Petra Schmidt für das Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main, in dem sich die verschiedenen Initiativen zusammengeschlossen haben. Sie unterstrich die Forderung nach einer Gesamtbelastungsstudie für die Region und forderte „ein Moratorium“ für die Dauer der Erstellung einer solchen Gesamtanalyse.

Dass massiver und anhaltender Protest der Bürger Erfolg haben kann, das machte Elmar Diez deutlich, der mit den Hanauer Anti-Atomkraft-Initiativen nie nachgelassen hatte, Hanau vom Ruf der Atomstadt zu befreien. Dies sei letztlich gelungen. Und auch die Lagerstätten für schwach radioaktive Abfälle will Diez noch aus Wolfgang verschwinden sehen. Und solange der Telekommunikationskonzern 1&1 nicht in den früheren Atombunker des Brennelementewerkes Server aufstelle, könne man dort ja eine „flugzeugabsturzgesicherte Diskothek“ etablieren, meinte Diez ironisch.